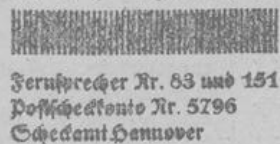


Verforder Zeitung

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Postgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Kernstraße 29/31



die 1 spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Amthlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Gerford

38. Jahrgang.

Das Neueste vom Tage.

lachen gestiftet worden, wenn ein Missethäter gegenüber so
aufgehetzt wäre, wie Ludendorff gegenüber Bethmann.
Michaëlis, Herling. Zur Entfrachtung des unberechnigten
Vorwurfs vom „Dolchstoß von hinten“ hebt Goethen die
Verleumdung des Heeres von innen heraus, nicht aus der
Heimat, hervor. Er weist auf die völlige Unzulänglichkeit

Bei Zusammenstößen zwischen tschechischer Gendarmerie und streikenden polnischen Arbeitern wurden zwei Gendarme getötet. Auf polnischer Seite wurden drei Personen getötet und 15 verwundet.

Es ist in den letzten Wochen ein lebhafter Meinungsstreit darüber entbrannt, warum eine Rechtsorientierung der deutschen Reichspolitik auf Grund eines entsprechenden Ausfalls der Wahlen vom 6. Juni für die deutsche Volksgemeinschaft innen- wie außenpolitisch von großem Schaden sein müßte. Von rechtsstehender Seite wird dem entgegengehalten, daß die, besonders von demokr. Seite, erhobenen Bedenken nichts anderes als einen „Appell an die Furcht“ und eine „Angstparole“ darstellten. Aber man unterläßt es, den Beweis zu erbringen, warum z. B. in außenpolitischer Beziehung das bisher feindliche wie das neutrale Ausland eine neue Rechtsregierung in Deutschland mit so ausnehmender Begeisterung begrüßen sollte. In innenpolitischer Hinsicht windet man sich mit der Behauptung aus der Affäre, daß eine in sich gefestigte Regierung mit einem bürgerlichen Einschlag, der erheblich größer als bisher wäre, schon allein durch ihre Existenz auf die Arbeiterschaft wirken würde. Man vergißt nur das eine, daß eine solche Regierung, in der deutschvolksparteiliche oder gar infolge der engen Verwandtschaft deutschnationale Einflüsse wirksam wären, geradezu gezwungen sein müßte, eine arbeitserfeindliche Politik zu machen. Was das bei der herrschenden Stimmung innerhalb der Arbeiterschaft hieße, sollte selbst dem ärgsten Zweifler klar sein. Es bleibt also dabei, daß ein starker Ruck nach rechts neue Unruhen und schließlich den Bürgerkrieg zur Folge haben würde. Das ist so sicher, wie die Tatsache, daß die Deutschnationalen von heute sich in Haltung und Gesinnung um keinen Deut von den früheren Konfessions- und Saboteuren der preussischen Wahlrechtsreform unterscheiden. Einen bindigen Beweis dafür bringt die altkonservative Wochenchrift „Die Tradition“ in ihrer Nummer vom 22. Mai 1920, wo unter der Überschrift „Sabotage der Reichstagswahl?“ ein lauges und breites von der Gefahr eines neuen Umsturzes von links die Rede ist. Welchen geheimen Zweck aber diese Ausführungen haben, geht aus einer Stelle eindeutig hervor, wo verlangt wird, daß sich im entscheidenden Augenblick die militärischen Kommandostellen von allen Direktiven der Reichsregierung frei zu machen hätten und völlig selbständig vorgehen müßten. Der gegebene Schluß drängt sich geradezu gewaltfam auf: die Förmung der „Tradition“ geht dahin, daß die so erzeugte Militärdiktatur dann nachher „die Sache auch selbständig weitermachen müsse“. Die angebliche Verfassungstreue der Deutschnationalen wird hierdurch wieder einmal mit der Helle des Blicklichtes beleuchtet. Immer wieder muß man es begrüßen, daß die Voreiligkeit dieser Leute sie zu Unvorsichtigkeiten bringt, denn an der Hand dieses neuen Beispiels muß auch der kurzschichtigste Wähler erkennen, wohin die Hoffnungen und Erwartungen dieser Kreise nämlich gehen. Die Gefahr des 6. Juni heißt tatsächlich: Bürgerkrieg! Niemand sollte sich darüber im unklaren bleiben und wissen, wie er mit Herrschaftsanspruch daran ist, denen die angeblich so treu gewahrte Verfassung so federleicht wiegt.

Deutschnationaler Geheimhede.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben der Deutschnationalen Volkspartei im Kreise Neustettin, das charakteristisch lautet: „An unsere Parteimitglieder und Freunde! Das von uns zur sozialdemokratischen Meißner herausgegebene Flugblatt hat seine Schuldigkeit getan. Die Arbeiter glauben bekanntlich alles, was gedruckt ist, es liegt demnach an uns, sie fortwährend mit dem richtigen Lesestoff zu versorgen. Eine in diesem Sinne geleitete Agitation wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Durch den Hinweis auf die Juden und besonders dadurch, daß man den Anschein erweckt, als ob die Führer mit jüdischem Gelde bestochen werden, lassen sich die Arbeiter leicht ablenken; dazu kommt, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige sich gegenseitig bekämpfen bis aufs Messer. Nutzen wir die für uns überaus günstige Situation richtig aus, indem wir die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Juden und nur auf die Juden lenken, dann wird der 13. März, der wie Frühlingssonne hoffnungsvoll uns aufging, trotz Sturm und Wetter seine Blüten entfalten und reiche Früchte tragen.“ D. P. K.

Die Stenormoral der Deutschnationalen.

Die Wiedererwachung der sittlichen Kräfte durch eine von religiösem und vaterländischem Geist erfüllte Volkserziehung ist eine der ersten Forderungen, mit der sich die Deutschnationalen Volkspartei an die Wähler wendet. Wie diese Erziehung zu vaterländischer Pflichterfüllung in der Praxis aussieht, davon findet sich nach der „Frankfurter Zeitung“ in einem Schreiben, in dem die Partei, einzelne besonders zahlungsfähige Mitglieder um Beiträge für den Wahlfonds angeht, eine bezeichnende Probe:

„Wir wissen“, heißt es da, „in welchem Umfange andere Parteifreunde bereits durch andere nationale Aufgaben finanziell in Anspruch genommen sind. Aber wir dürfen doch darauf hinweisen, daß die Zeit vor dem Inkrafttreten der neuen Reichssteuer auch Momente enthält, die manchem Parteifreunde die Hergabe größerer Spenden erleichtern wird.“

Aus der Gewandtheit vorsichtiger Verkaufserklärung in den gewöhnlichen Sprachgebrauch übertragen heißt das: Was jetzt für die Parteikasse gegeben wird, läßt sich bei der Deklaration der Steuern wieder herausfinden. Diese unerschöpfliche Aufforderung zur Steuerhinterziehung — denn sämtliche neuen Steuern sind bereits am 1. April in Kraft getreten — geht von einer Partei aus, die sich nicht genug tun kann in der Kritik an der trostlosen Zerrüttung unseres Finanzwesens. D. P. K.

Die Deutschnationalen und der Generalstreik.

Abg. Behrens als Fraktionsredner des Reichstages in der 158. Sitzung der Nationalversammlung:

„Vom Herrn Reichsminister Koch wurde die Frage aufgeworfen, ob ein Generalstreik notwendig sei, um den Rapp-Putsch zu erledigen. . . Wir beantworten sie entschieden mit nein; der Rapp-Putsch wäre auch ohne den Generalstreik zusammengebrochen.“

Das offizielle Organ des Zentralverbandes der Landarbeiter, dessen Vorsitzender derselbe Herr Behrens ist:

„Der Rapp-Putsch war ein ungeheurer Akt, ein Verbrechen gegen die von der Mehrheit unserer Volkvertreter beschlossene Verfassung, zugleich ein Verbrechen gegen das deutsche Volk selbst. . . Darum haben sich die christlich-nationalen Gewerkschaften auch mit aller Energie an dem Kampf zur Beseitigung der Rappdiktatur beteiligt. In Berlin und allen Orten und Gegenden wo sich die Rappdiktatur bemerkbar machte, sind die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf den Ruf ihrer Führer mit in den Generalstreik getreten. Infolgedessen konnten sich Rapp und Genossen nur wenige Tage halten. Sie waren zur Ohnmacht verurteilt, weil vor allem der ganze Verkehrs nach und von Berlin stillgelegt wurde und die Beamten in den Ministerien, bis zu den Unterstaatssekretären ihnen den Dienst verweigerten.“

Man sieht, die Deutschnationalen können so und anders. Das sind Leute, die nun im Lande herumstreifen, der Generalstreik der Rapptage sei ein Generalverbrechen gewesen! D. P. K.

Ein neuer Putsch in Mitteldeutschland?

tu. Rempten, 27. Mai. Wie die „Allgäuer Ztg.“, das Hauptorgan der bayerischen Volkspartei im Allgäu von eingeweihter Seite erfahren haben will, wird im ganzen Industriebezirk Rheinland, Westfalen, Thüringen, Sachsen und anderswo von neuem ein blutiger Aufstand vorbereitet, der mit viel größeren Mitteln und viel schärferem Terror durchgeführt werden soll, wie der letzte. Eine rote Armee ist teilweise in der Bildung begriffen. Es stehen ihr alle notwendigen Waffen in großer Menge zur Verfügung, ebenso leitende Offiziere.

tu. Halle (Saale), 27. Mai. Dem hiesigen „Volksblatt“ zufolge sind zahlreiche halle'sche Bürger, die in der Nähe der Reil-Kaserne wohnen, von der Sicherheitspolizei aufmerksam gemacht worden, daß das Gelände um die Kaserne herum vom 1.—15. Juni Operationsgebiet werden würde, weil an diesen Tagen ein neuerlicher Putsch von links inszeniert werden würde.

Deutsches Reich.

Die internationale Anleihe für Deutschland.

Zürich, 27. Mai. Der Pariser Vertreter des „Daily Herald“ will, wie aus London berichtet wird, aus guter Quelle wissen, daß die Vereinbarungen der verbündeten Sachverständigen über die internationale Anleihe zugunsten Deutschlands vor dem Abschluß ständen. Danach sollen unter der Garantie Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens sowie wahrscheinlich einiger neutraler Staaten Obligationen für zehn Milliarden Goldmark ausgeben werden. Der Ertrag soll zum Teil für die Bezahlung der ersten Entschädigungsrate und im übrigen für die inneren Bedürfnisse Deutschlands dienen. Durch spätere Ausgaben will man nach und nach den Gesamtbetrag von 120 Milliarden erreichen.

Der sächsische Finanzminister über Deutschlands Lage.

Dresden, 27. Mai. Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold sprach gestern Abend über die kommenden Reichstagswahlen. Er erklärte, das Ziel Frankreichs sei nicht das Ziel Englands und Italiens. Der Minister sagte, daß

kurz vor dem Rapp-Putsch der frühere englische Unterstaatssekretär Trevelyan bei ihm in Leipzig gewesen sei und erklärt habe, daß in England nicht diskutiert werde, ob, sondern wie der Versailler Friedensvertrag revidiert werde. Frankreich habe nicht mehr freie Hand, weil England Deutschland brauche als Abnehmer seiner Rohstoffe und als Bollwerk gegen den Osten. England werde es durchsetzen, daß Deutschland nicht zugrunde gehe. Am Schluß warnte der Minister vor einem Anschluß Deutschlands an Rußland.

Englische Bernunftstimmen.

wtb. Amsterdam, 27. Mai. Gardiner schreibt in der „Daily News“ über die Lage in Deutschland u. a.: Augenblicklich geht der Krieg noch weiter. Das deutsche Volk lebt und stirbt noch immer bei halben Rationen von oftmals unbeschreiblichen Nahrungsmitteln. Es ist noch immer vom freien und gleichen Verkehr mit der Welt abgeschnitten. Diese hoffungslose Lage darf nicht fortauern. Wenn Spaa eine neue Ära eröffnen soll, muß verhandelt und nicht diktiert werden.

Die zweite Zone wird Deutschland zurückgegeben.

wtb. Kopenhagen, 27. Mai. Einem Telegramm der Berlingske Tidende aus Paris zufolge hat die Völkervereinigung gestern vormittag die Beratungen der schleswigholsteinschen Frage abgeschlossen. Es steht nunmehr fest, daß die Klausen-Linie mit einer unbedeutenden Veränderung die zukünftige Südgrenze Dänemarks bildet und daß die zweite Zone an Deutschland zurückgegeben wird. Die Frage der Internationalisierung ist bei den Besprechungen des Völkervertrages garnicht in Erwägung gezogen worden.

Krupp unter französischer Kontrolle.

tu. Paris, 27. Mai. Offiziell wird von französischer Seite erklärt: Bereits seit längerer Zeit habe man die Firma Krupp im Verdacht, auch weiterhin Kriegsmaterial herzustellen. Bei einer Untersuchung stellte sich heraus, daß in der Tat 77 Millimeter-Geschütze hergestellt wurden. Der Direktor entschuldigte sich damit, daß es sich um die Ergänzung älterer, im Rahmen des Friedensvertrages vorgelegener Bestände handele. Es wurde befohlen, die fraglichen Erzeugnisse zu vernichten. Ferner wird eine strenge Aufsicht ausgedehnt werden.

Eine Million Tonnen Mais aus Holland.

Berlin, 27. Mai. Die Bezugsvereinbarung der deutschen Landwirtschaft hat sich mit Zustimmung der Reichsregierung von einer holländischen Firma den Bezug von 750 Tausend bis 1 Million Tonnen Mais gesichert. Die Lieferung des Mais soll sich auf etwa zwei Jahre erstrecken. Der Mais soll zur vertraglichen Schweinemast verwendet werden. Der in den nächsten Wochen herein kommende Mais wird an die Reichsgüterbestände zur Verpflegung abgeführt, es wird jedoch erwartet, daß vom August ab dieser Mais zur Schweinemast verwendet werden kann.

Feuerungszulage für die Beamten.

tu. Berlin, 27. Mai. Wie der Deutsche Beamtenverein mitteilt, fanden gestern Verhandlungen mit den Bankangestellten statt. Der Reichsarbeitsminister schlug den Parteien folgende Regelung vor: Alle Angestellten erhalten ab 1. 2. 1920 eine besondere Feuerungszulage, die sich für Verheiratete auf 300—240, für Ledige auf 200—150, für Beamte mit Kindern auf 75—55 Prozent stellt. Die Verhandlungen über den endgültigen Reichsstarifvertrag begannen am 15. Juni. Nach Annahme der vorläufigen Regelung sind drückende Arbeitskämpfe unvermeidlich einzutreten. Maßnahmen dürfen nicht stattfinden. Die Bezahlung der Streiklöhne findet nicht statt.

Tagung des Deutschen Beamtenbundes.

tu. Berlin, 27. Mai. Im Deutschen Hofe wurde am Mittwoch vormittag der außerordentliche Vertretertag des Deutschen Beamtenbundes eröffnet. Folgende Resolution wurde angenommen: „Der Deutsche Beamtenbund billigt die Haltung der Leitung des Deutschen Beamtenbundes, soweit sie sich auf Handlungen bezieht, die zur schnellen Niederwerfung des Rapp-Putsches geführt haben. Der Beamtenbund fordert im übrigen von der Bundesleitung, daß unbeschadet des Zusammenwirkens mit den gewerkschaftlichen Organisationen aller Richtungen die parteipolitische Neutralität gewahrt wird.“

Zur Oberbürgermeisterwahl für Groß-Berlin.

td. Berlin, 28. Mai. (Sig. Draht.) Nach der D. A. Ztg. soll Scheidemann, der derzeit an der Spitze der Stadtverwaltung Rastet steht, zum Oberbürgermeister der künftigen Stadtgemeinde Groß-Berlin in Aussicht genommen sein. Als weitere Kandidaten werden der bisherige Oberbürgermeister Wermuth und der Schöpfer des Stadtgesetzes Groß-Berlins, Unterstaatssekretär Dr. Preuß, genannt.

Berlin, 27. Mai. Dem Vorwärts zufolge verlautet, daß der Konzern der Firma Otto Wolf, der vom Thyssenkonzern gestützt werde, in Köln das Korrespondenzbüro Dr. Dammert anzukaufe beginne, unter seinem Einfluß zu bringen gewußt habe. Das Unternehmen soll großzügig ausgebaut und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden.

Ausland.

Großer Preissturz in London.

London, 27. Mai. Ein allgemeiner Preissturz hat dem „Daily Chronicle“ zufolge in London infolge eines Bankbeschlusses, sein Geld mehr auszuliehen, eingesetzt. Der Preissturz erstreckt sich auf Butter, Speck, Hammelfleisch, Wolle und Baumwolle. 340 Börsenmakler sollen sich in Schwierigkeiten befinden.

Einer Blättermeldung aus Washington zufolge hat V. I. L. dem Ultimatum der neuen mexikanischen Regierung nicht entsprochen. Die Republikaner erhielten Befehl, gegen den „Rebellen“ vorzugehen.

In Irland sind seit Ostern 400 Polizeistationen verbrannt und 150 Einkommensteuerämter überfallen worden.

Die Dockarbeiter von Dublin traten wieder in den Ausstand.

Bei den Friedensverhandlungen zwischen Litauen und Rußland gesteht, wie gemeldet wird, Rußland den Litauern Wilna die Hauptstadt zu. Zur Weiterberatung über die Grenzfrage wird ein Teil der litauischen Friedensdelegation nach in diesen Tagen nach Romno zurückkehren. Die Arbeit in Moskau geht in verschiedenen Kommissionen weiter.

Aus Moskau werden neue Siege der Roten Armee über die Polen gemeldet. Kiew und Minsk sollen in den Händen der Bolschewisten sein.

Bei der ukrainischen Offensive gelang es den Polen, 25 000 österreichische Kriegsgefangene zu befreien, die jetzt nach Oesterreich zurückgebracht werden sollen.

Es verlautet, daß Smowksi als Vertreter der polnischen Regierung für die Konferenz in Spaa vorgehen ist.

Der Verwalter von Upia (Samoa) hat die demnächstige Ausweisung vieler Deutschen angeordnet.

Der Kommandant der 5. japanischen Division hat Friedensverhandlungen mit der transbailtischen Regierung eröffnet.

Die japanischen Blätter dementieren die vor einiger Zeit von Peking aus verbreitete Nachricht über einen angeblichen Aufstand in Tokio.

Wahlbewegung.

Kein bürgerliches Wahlbündnis in München.

Die Tatsache, daß der Münchener Bürgererrat in Besprechungen mit den nichtsozialistischen Parteien versucht hatte, eine Vereinbarung über die Unterlassung unnötiger Schärfe im Wahlkampf herbeizuführen, und die Veröffentlichung eines Berichtes über die Verhandlungen hatten in- und außerhalb Münchens den Glauben erweckt, daß die an den Besprechungen beteiligten Parteien ein Wahlbündnis oder irgendeine ähnliche Vereinbarung abgeschlossen hätten. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß in den Besprechungen mit dem Münchener Bürgererrat lediglich einige allgemeine Richtlinien aufgestellt wurden, die jede nichtsozialistische Partei anstandslos anerkennen kann, darüber hinaus aber keinerlei Vereinbarungen getroffen wurden, die irgendwie die Selbstständigkeit einer der beteiligten Parteien berühren würden. Was vor allem die Demokratische Partei betrifft, so denkt sie nicht daran, ihre Haltung den Parteien der Rechten oder dem Zentrum gegenüber irgendwie zu ändern.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung, Nr. 181.

28. Mai.

Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in Westfalen und Lippe

im Monat April 1920.

Das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe berichtet: Während der Arbeitsmarkt noch stark unter den Nachwirkungen der März-Unruhen stand, und dadurch die Tätigkeit der Arbeitsnachweise noch vielfach behindert war, ergaben sich neue Hemmnisse, hervorgerufen durch gewisse Erscheinungen auf dem Warenmarkt. Die abflauenden Preise veranlaßten die Verbraucher, beim Einkauf starke Zurückhaltung zu üben. Der Absatz von Gewerbeerzeugnissen ging daher erheblich zurück. Dadurch gezwungen gingen zahlreiche Betriebe zu Einschränkungen oder Arbeiterentlassungen über. Ende des Berichtsmontats hatte sich gegenüber dem Vormonat die Zahl der Arbeitslosen um über 700 vermehrt.

Besonders nachhaltig war die Wirkung der Abwärtsbewegung auf dem Wochenmarkt und der dadurch hervorgerufenen Kaufkraft auf die Möbelerzeugung, das Spinnstoff- und Webwarengewerbe. In der Möbelerzeugung stockt der Absatz fast völlig, so daß die beteiligten Kreise bereits die Genehmigung zur Ausfuhr ihrer Erzeugnisse nachgefordert haben. Betriebseinschränkungen, teilweise gänzliche Stilllegung sind im Berichtsmonat sehr zahlreich vorgekommen. Eine weitere Verschlechterung scheint bevorzustehen.

In der Vieleselder Leinen- und Wäscheindustrie mußten bereits Feierlichkeiten eingelegt werden. Etwa 400 Arbeitskräfte, besonders weibliche, wurden dadurch betroffen. In gleicher Lage befindet sich das Spinnstoffgewerbe, das bei schwankenden Preisen gleichfalls stark unter Absatzmöglichkeiten leidet.

Für die Landwirtschaft zeigt sich starkes Angebot an Arbeitsuchenden, die infolge der März-Unruhen ihre bisherige Tätigkeit in Bergbau und Industrie zugunsten der Landarbeit aufgegeben hatten. Mit dem 1. April ging das Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer auf das Landesarbeitsamt über, dem es gelang, im Berichtsmonat zahlreiche, besonders weibliche Arbeitskräfte aus dem Industriegebiet zu beschaffen. Die Landwirtschaft ist entgegen früheren Erfahrungen mit diesen Arbeitskräften im allgemeinen zufrieden. Der Mangel an Tarifverträgen macht sich noch immer bemerkbar. Kreise, in denen Tarifverträge bestehen, waren viel leichter mit Arbeitskräften zu versehen.

Im Bergbau setzte Mitte des Monats eine rege Nachfrage nach Arbeitskräften ein, da zahlreiche Arbeiter, die an den Unruhen beteiligt waren, nicht wieder an ihre Arbeitsstätte zurückkehrten. Der Zustrom der Arbeitswilligen war sehr erheblich. Mitte des Monats konnten durchschnittlich 40—50, gegen Ende des Monats 70—80 Mann täglich vermittelt werden.

Einzelne Bezden haben inzwischen mit dem Bau von Familienwohnungen begonnen. Sehr groß ist der Mangel an Kofereiarbeitern.

Erfreulich ist die Zunahme der Nachfrage nach Arbeit in der Industrie der Steine und Erden, deren Bedarf bisher nur äußerst schwer zu decken war. Soweit deutsche Arbeitskräfte nicht gestellt werden konnten, mußte auf russische Gefangene zurückgegriffen werden.

Die Metall-Industrie hat ihre Betriebsfähigkeit, die sie infolge der Unruhen teilweise eingebüßt hatte, wieder gewonnen. Aus der Aluminium-Industrie wurden teilweise Arbeiterentlassungen gemeldet.

In der Papier-Industrie lassen die hohen Preise Absatzschwierigkeiten und damit Arbeitslosigkeit befürchten.

Das Tabakgewerbe hat infolge der mit der Bundesrolensteuer verbundenen Schwierigkeiten teilweise beschränkt gearbeitet; einige kleinere Betriebe haben stillgelegt.

Im Handelsgewerbe nimmt die Arbeitslosigkeit ständig zu. Für Angestellte des Gastwirtschafts sind Unterbringungsmaßnahmen kaum vorhanden.

Im Bezirk waren rund 31 700 Arbeitsuchende gegen 27 000 im Vormonat gemeldet. Die Zahl der offenen Stellen betrug 33 900, die Zahl der Vermittlungen 19 900.

Mertspruch.

Die Deutsche Demokratische Partei hat schon bei den Wahlen zur Nationalversammlung allein gestanden, und hat sich trotzdem rühmlich geschlagen. Auch bei dem Kampfe um den neuen Reichstag wird sie allein stehen. Dieser Kampf wird schwerer aber auch entscheidender sein als jemals ein Wahlkampf im Deutschen Reiche. Der Egoismus aller denen, die nichts opfern wollen, und der Despotismus der Klassenherrschaft sind überall geweckt und werden mit allen Mitteln kämpfen. Die Demokratie kann und will nicht an den Egoismus einer Klasse oder eines Berufs appellieren, sie ruft auf zur Gerechtigkeit und zum Gemeinwohl, sie ruft auf zu Opfern und zur Selbstzucht im neuen Reiche. Und die Demokratie muß siegen, wenn Deutschland wieder eine starke und geehrte Nation werden, wenn es nicht durch Selbstzerfleischung eine leichte Beute lachender Feinde werden soll!

Lippmann, Oberpräsident.

Die Deutsche Demokratische Partei. Alle Mitglieder und Freunde unserer Partei werden am Sonnabend, den 29. d. Mts., abends 8 Uhr im Schützenhof Gelegenheit haben, sich die Ansicht eines unserer bedeutendsten evangelischen Kanzelredner und gebiegenen Politikers über „Die gegenwärtige Krise“ anzuhören. Herr Pastor D. Chappuzeau, zu dem die Hannoveraner allsonntäglich in die kleine Katholischer Kirche wandern, ist auch bei seinen politischen Gegnern eine hochangesehene und geschätzte Persönlichkeit. Allen, denen ernsthaft darum zu tun ist, sich mit den Zielen der Demokratischen Partei auseinanderzusetzen, werden zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert. Herr D. Chappuzeau gehört zu den Unterzeichnern des „Aufrufs zur Mitarbeit an die evangelischen Pastoren“, der kürzlich von der Deutsch-Demokratischen Partei erlassen ist. Am selben Abend wird auch Frau Dr. Bohnstedt-Bielefeld, die Kandidatin der Deutsch-Demokratischen Partei, der ein ausgezeichneter Ruf als eindrucksvolle Rednerin vorausgeht, sich der Herforder Wählererschaft vorstellen. Da beide Redner auch den Frauen viel zu bieten haben werden, empfehlen wir den Besuch ebenfalls allen Wählerinnen auf das Wärmste.

Einer groben Entstellung hat sich der Berichtstatter einer hiesigen rechtsstehenden Zeitung in seinem Bericht über die demokratische Handwerker-Versammlung u. a. dadurch schuldig gemacht, daß er schreibt: „Herr Install-Enger bedauerte, daß früher, während des Krieges und auch jetzt noch nicht die Warenhäuser (trotz der Mehrheitsparteien) zum Gesetz geworden sei.“ In Wirklichkeit hat sich Herr Install geäußert, daß es bezeichnend für die „Handwerkerfreundlichkeit“ der Rechtsparteien sei, daß sie nicht einmal die Besteuerung der Warenhäuser durchgeführt hätten, als sie noch die absolute Mehrheit im Parlament hatten. Diese bewußte Entstellung, um nicht ein schärferes Wort zu gebrauchen, verdient tiefer gehängt zu werden. Im Uebrigen wirft es ein bezeichnendes Licht auf eine Partei, wenn sie mit derartigen „geistigen Waffen“ kämpft.

Das Wetter am Sonnabend: Zunächst ziemlich heiter, meist trocken, Temperatur wenig verändert.

Ausstellung von Wahlzettelchen ohne Eintragung in den Wahllisten. Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Bekanntmachung des Reichsministers des Innern wird für einzelne Personenkategorien die Ausstellung von Wahlzettelchen auch ohne vorherige Eintragung in die Wahlregister für zulässig erklärt. In Frage kommen u. a. ehemalige Soldaten, die wegen Entlassung aus dem Verband der Wehrmacht jetzt wahlberechtigt geworden sind, ferner Flüchtlinge aus den Abstimmungsgebieten, die erst nach Ablauf der Frist zur Auslegung der Wahlregister ihren Wohnort im Inlande genommen haben.

Eine Versammlung der Stuhlfabrikanten von Westfalen und dem Niederrhein fand in Münster am 21. Mai statt. Es wurde die Gründung eines Vereins für den genannten Bezirk beschlossen. Der Verein wird später als Ortsverein in Anschluß an den Verband deutscher Stuhlfabrikanten (C. V., Dresden, suchen).

Anstehende Krankheiten. Die Zahl der ansteckenden Krankheitsfälle im Reg.-Bezirk Minden bleibt erfreulich niedrig; in der Woche vom 16. bis 22. Mai wurden nur 38 Fälle gemeldet: 7 Erkrankungen und 1 Todesfall an Diphtherie, 1 Erkrankung und 1 Todesfall an Kindbettfieber, 19 Todesfälle an Tuberkulose, 8 Erkrankungen an Scharlach, 2 Erkrankungen an Unterleibstypus, 1 Erkrankung an Ruhr.

Auf den Stadtkreis Herford entfiel nur 1 Todesfall an Tuberkulose; auf den Landkreis Herford die beiden Fälle an Kindbettfieber in Südlengern, an Tuberkulose je 1 Todesfall in Oberbeck, Wottho und Spenge. — Die Kreise Lübbecke und Paderborn blieben ganz frei.

Vereins etc. - Nachrichten.

Die Deutsche sozialistische Partei hält heute abends 8 Uhr im Lindenhof (Fritz Liedtke) eine öffentliche Versammlung ab.

Am Herford-Biddenhausen.

g. Rippinghausen, 26. Mai. Gestern abend hielt die Deutsch-demokratische Partei im Saale des Herrn Niebuhr in Rippinghausen eine gutbesuchte Wählerversammlung ab. Frau Kraußold-Herford wandte sich zunächst an die erschienenen Frauen und betonte ihnen gegenüber, wie notwendig es sei, daß auch die Frauen politisch gebildet und erzogen würden, denn die Verleihung des Wahlrechts schließt naturgemäß auch die Wahlpflicht ein. Zur Schilderung der politischen Lage übergehend, entwarf die Referentin in klar, unmissenden und allgemein verständlichen Worten ein Bild von der Arbeit der Nationalversammlung und den regierungsbildenden Parteien. Sie hob besonders hervor, in welcher selbstloser Weise gerade die Regierungsparteien ihre besonderen Wünsche zurückgestellt hätten, nur um praktische Wiederaufbauarbeit zu leisten. Zu den Kulturfragen übergehend bekannte sich die Rednerin zum Aufbau einer wahren Volksschule und zum Festhalten des Religionsunterrichts in der Schule. Mit der Aufforderung, am 6. Juni für die Wahl des Oberbürgermeisters Dominicus einzutreten, schloß die Referentin ihre trefflichen Ausführungen, die reichen Beifall ernteten. Als Beweis dafür, auf wie fruchtbaren Boden ihre Ausführungen gefallen sind, kann die Tatsache gelten, daß einige Versammlungsteilnehmer aufforderten, nochmals eine Versammlung zu veranstalten.

Pustet, 27. Mai. Ein Flugzeug wurde gestern morgen gegen 6 Uhr zur Notlandung in den Wustfelder Wiesen gezwungen.

Bielefeld, 26. Mai. Eine Versammlung von etwa 50 Führern der Einwohnerwehren aus den Kreisen Bielefeld Stadt und Land lehnte einstimmig einen Vorschlag des Kreisrats Oberstleutnants von Hosenberg ab, auch in Bielefeld Einwohnerwehren nach bayerischem Muster — Ortswehr, Provinzwehr, Landeswehr — zu errichten, wie dies kürzlich in Münster für die Provinz Westfalen beschlossen worden ist.

Rippische Freistaaten.

Bad Salzuflen, 27. Mai. Polizeibeamte kamen hier einer Geheimnacht auf die Spur. Bei einer Durchsicht der Wohnung wurde im Keller versteckt noch die Hälfte einer Kuh, 230 Pfund Fleisch, sowie das Eingeweide und die Haut vorgefunden, was beschlagnahmt und der hiesigen Bezirksfleischerei zugeführt wurde. Die Hausbesitzerin wird von der Schlächerei nicht gewußt haben. Der Geheimnisklächer wurde in der Person des H. ermittelt, der die Kuh für 200 M für einen ihm unbekannten Herrn geschlachtet haben will. Weitere Erhebungen sind im Gange, da man vermutet, daß hier schon mehr geschlachtet worden ist.

Bad Salzuflen, 27. Mai. Auch in diesem Jahre macht sich im hiesigen Bade schon früh ein reger Fremdenverkehr bemerkbar. Im Vergleich zum Vorjahre ist die Besucherzahl um 400 größer.

Bad Salzuflen, 27. Mai. (Schöffengerichtssitzung). Der Maschinenarbeiter Wilhelm W. aus Schötmar und dessen Sohn Heinrich W. hatten den Werkmüller August K. daselbst gemeinsam mit einem Seitengewehr und einem Messer mißhandelt. Das Gericht erkannte gegen beide Angeklagte auf eine Gefängnisstrafe von je drei Wochen. — Die Hausfalterin Elise K. aus Bielefeld stand unter Anklage, dem Arbeiter August G. in Leopoldshöhe einen Gelddiebstahl von 250 M entwendet zu haben. Sie wurde zu einer Gefängnisstrafe von 5 Tagen verurteilt.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Münster, 27. Mai. Die staatliche Sicherheitspolizei ist heute vormittag ohne jeden Zwischenfall außer in Remscheid auch in Lempe, Vöhringhausen und Duisburg eingetroffen.

Bochum, 27. Mai. Im Fritz Mauegat der 3. Prinzregent ereignete sich gestern eine Explosion, bei der 3 Mann getötet und einer schwer verletzt wurde. Bei den Rettungsarbeiten wurde durch Einatmen giftiger Gase ein Mann so schwer verletzt, daß er ins Bergmannshospital gebracht werden mußte.

Schweres Explosionsunglück an der Universität Münster.

Münster, 27. Mai. Ein schweres Unglück ereignete sich heute morgen gegen 9 Uhr im chemischen Institut der Universität an der Johannisstraße. Beim Experimentieren entzündete eine Explosion, durch die sechs Studenten getötet und mehrere andere verwundet wurden. Mit Wagen des städtischen Fuhrparks wurden die Verletzten in die Krankenhäuser gebracht. Ueber die Ursachen der Explosion ist bisher noch nichts bekannt.

Neue Kupferlager.

Leipzig, 27. Mai. Nach einer Meldung der Leipz. Neuesten Nachrichten aus Halle wurden zwischen Blankenburg (Gatz) und Altenbrak neue Kupferlager von ungewöhnlicher Ausdehnung entdeckt. Die Verhüttung der Erze ergab eine Kupferwertigkeit von 15—24 Prozent. Fachleute erklären, daß nach sorgfältigen Berechnungen die Produktionsleistung der Mansfelder Bergwerksgesellschaft erreicht, ja übertroffen werden könne.

Eine Dynamitfabrik in die Luft geflogen.

Hamburg, 27. Mai. Infolge eines Blitzschlages brach gestern in der Dynamitfabrik Krümmel bei Geesthacht Feuer aus. Mehrere Schuppen mit Sprengstoffen flogen in die Luft. Das Fabrikgebäude ist vernichtet. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Sport.

6. Fußball. Heute abend 6 Uhr spielt auf dem Lüttenbrunne die 1. Mannschaft der Spielvereinigung gegen die Fußballmannschaft der 3. Marinebrigade von Vörmünde. Letztere Mannschaft ist als sehr spielfest bekannt, schlug sie doch die Ligamannschaft des Dortmunder Sportklubs von 1895 mit 2:1. — Sonntag nachmittag 4 Uhr: Sp.-Vgg. gegen Gütersloh I. (Meisterschaftsspiel). Sportplatz Waldrieden.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

*Telegraphische Auszahlungen:	27. Mai		26. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam . . .	1373,50	1376,50	1193,75	1201,25
Brüssel-Antwerpen . . .	309,70	310,30	287,80	287,30
Christiania . . .	659,30	660,70	604,40	605,80
Kopenhagen . . .	599,40	600,60	544,45	545,65
Stockholm . . .	804,20	805,80	719,25	720,75
Helsingfors . . .	194,80	195,20	142,35	142,65
Italien . . .	224,75	225,25	194,80	195,20
London . . .	144,85	145,15	134,85	135,15
Newyork . . .	—	—	84,95	85,05
Paris . . .	—	—	289,70	290,30
Schweiz . . .	—	—	624,40	625,60
Spanien . . .	—	—	549,40	550,80
Wien (alt) . . .	24,47	24,53	—	—
do. (Deutsch-Öst. abgelemp.) . . .	29,47	29,53	25,97	26,03
Prag . . .	86,90	87,10	85,15	85,35
Budapest . . .	23,47	23,53	22,47	22,53

Die Katastrophe in der Schuhindustrie.

Zweibrücken, 26. Mai. Die geschäftliche Lage in der Schuhindustrie wird immer schlechter und treibt zur Katastrophe. In sämtlichen Schuhfabriken von Zweibrücken wurde allen Arbeitern auf nächsten Samstag gekündigt. Eine Reihe von Betrieben arbeitet bereits mit verkürzter Arbeitszeit. Die Schuhpreise gehen abwärts. Ein großes Schuhwarengeschäft kündigt 10 Proz. Nachlaß auf sämtliche Schuhwaren an. Schnürschuhe und Hochschäftstiefel werden bis zu 180 M angeboten. — In Mannheim hat das große Schuhwarenhaus Salamander einen 20prozentigen Nachlaß bekannt gegeben.

Verzöglicher Dienst für Notfälle

haben Sonnabend nachmittag und Sonntag, den 29. Mai: Dr. Brücher und Dr. Lange.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Wese, beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

Gartensäcke kann in der Turnhalle am Wilhelmplatz 1/2 Pfund zu 2,25 M gekauft werden.

Naturbutter. Bestand am 17. d. M. 109 1/2 Pfund. Zugang in der Woche vom 17.—23. Mai 278 1/2 Pfund (von den Landwirten des Stadtkreises angeliefert 112 1/2 Pfund, von der Bezirksstelle in Bielefeld zugeteilt 166 Pfund, beschlagnahmt 3 Pfund), mithin Gesamtmenge 387 1/2 Pfund. Hier von ausgegeben an das Kreiskrankenhaus 38 Pfund, an das Rath. Krankenhaus 28 Pfund, Zellengefängnis (werdende Mütter 2 Pfund, Maitenheuer 24 Pfund, werdende Mütter und Kranke 277 Pfund, Waidholzungshütte 3 Pfund, Kinderfürsorge 3 Pfund; mithin Gesamtmenge 375 Pfund. Vortrag für die Woche vom 24.—30. d. M. 12 1/2 Pfund. Herford, den 28. Mai 1920. Lebensmittellamt.

Kohl. Am Montag, den 31. d. M. wird auf Marke 10 der gelben Kohlenlarie je ein Zentner Kohl an folgende Bezirke verkauft: Bezirk 6, Kohlenhandlung Mettenbrint, Kellerweg, Bezirk 7, Kohlenhandlung Krüger, Salzuferstraße, Bezirk 8, Kohlenhandlung Richter, Salzuferstraße, Bezirk 10, Kohlenhandlung Niechler, Hollandsstraße. Der Verkauf findet nur an dem festgesetzten Tage statt. Die fehlenden Bezirke werden beliebig, sobald Kohl verfügbar ist. Herford, den 27. Mai 1920. Die Ortskohlenstelle Herford-Stadt.

Wähler-Versammlung der Deutsch-Demokratischen Partei.

Am Sonnabend, den 29. Mai, abends 8 Uhr, spricht im Schützenhofsaa

Pastor Chappuzeau aus Hannover-Hainholz über:

„Die gegenwärtige Krise“

ferner: Frau Dr. Bohnstedt, Bielefeld, Kandidatin der D. D. P.

Freie Aussprache!

Männer und Frauen aller Parteien sind hierzu eingeladen.

Freie Aussprache!

M. Pöwenstern,
Eredenstr. 35. Telef. 248.